Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1566

31. 05. 95

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung

Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau in Deutschland und zum Frieden in Europa

Der Bundestag wolle beschließen:

Fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und des nationalsozialistischen Unrechtsregimes wird – wie bei manchen unserer Nachbarn, die ein ähnliches Schicksal erleiden mußten – bei vielen unserer deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger die schmerzliche Erinnerung an das Unrecht der Deportation, an Flucht und Vertreibung wach. Der Deutsche Bundestag gedenkt der Menschen, die das Schicksal des Heimatverlustes erleiden mußten, besonders derer, die während Deportation, Flucht und Vertreibung ihr Leben lassen mußten oder schwere Schäden an Körper und Seele erlitten. Er würdigt zugleich den Beitrag der deutschen Vertriebenen zum Aufbau einer freiheitlichen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, zum Wiederaufbau und zur Überwindung der Schäden des Krieges in den bis 1990 getrennten Teilen Deutschlands und zur Verständigung mit unseren Nachbarn im Osten.

Die Vertriebenen haben mit ihrem Willen zu Freiheit, Demokratie und Verständigung mit allen Völkern dem politischen Extremismus und dem Ungeist der Revanche eine Absage erteilt. Mit ihrer Charta von 1950 haben sie ein bis heute gültiges Beispiel für die Verständigungs- und Versöhnungsbereitschaft von Menschen gegeben, die auch nach schwerem Unrecht und Leid Ja zu einem neuen Anfang und zu einem neuen Miteinander gesagt haben. Sie haben damit zur Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft und zur Verständigung mit den anderen europäischen Völkern wesentlich beigetragen.

Deportation, Flucht und Vertreibung haben den Vertriebenen ein besonders hartes Schicksal auferlegt. Die Last der Verantwortung für die Verbrechen des Dritten Reiches haben die Vertriebenen

damit in besonderer Weise tragen müssen. Diese Last ist unteilbar; dennoch ist sie ungleich verteilt. Das begründet die Solidarität aller Deutschen mit den Vertriebenen, denen der Verlust der Heimat und in vielen Fällen Verfolgung und schreckliches Leid auferlegt wurden.

Der Deutsche Bundestag macht sich die Worte von Bundespräsident Roman Herzog zu eigen, der am 13. Februar 1995 in Dresden sagte: „Wer wie die Deutschen von heute den Teufelskreis von Unrecht und Gewalt, von Krieg und Unmenschlichkeit brechen will, wer Frieden, Freundschaft und Versöhnung zwischen den Völkern sucht, der kann nicht einfach zwischen den Toten, Verwundeten und ins Unglück Gestürzten der verschiedenen Völker einen buchhalterischen Saldo ziehen. Leben kann man nicht gegen Leben aufrechnen, Schmerz nicht gegen Schmerz, Todesangst nicht gegen Todesangst, Vertreibung nicht gegen Vertreibung, Grauen nicht gegen Grauen, Entwürdigung nicht gegen Entwürdigung. Menschliches Leid kann nicht saldiert werden. Es muß gemeinsam überwunden werden, durch Mitleid, Besinnung und Lernen."

Der Deutsche Bundestag erinnert an das besondere Los derjenigen deutschen Heimatvertriebenen, die in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR ein neues Leben aufbauen mußten. Ihnen war es in der SED-Diktatur nicht möglich, eine staatliche und öffentliche Behandlung ihres Schicksals sowie angemessene Hilfe und Achtung ihrer kulturellen Identität zu erfahren.

Der Deutsche Bundestag würdigt den großen Beitrag, den die Heimatvertriebenen zum Wirtschafts-, Kultur- und Geistesleben sowie für Wissenschaft, Bildung und Politik im Nachkriegsdeutschland geleistet haben. Die Verdienste ihrer politischen und gesellschaftlichen Repräsentanten in allen Parteien bleiben unvergessen. Auch das kirchliche Leben in Deutschland hat durch die deutschen Heimatvertriebenen eine wichtige Bereicherung erfahren.

Der Deutsche Bundestag stellt mit Genugtuung fest, daß die politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa auch dort zu einer immer unbefangeneren Befassung mit dem deutschen Vertreibungsschicksal geführt haben. Er dankt den zahlreichen politischen, kirchlichen, wissenschaftlichen und publizistischen Vertretern unserer östlichen Nachbarn für ihre Worte des Bedauerns und des Mitgefühls gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen und ihrem Schicksal.

Eingedenk der Last der Verbrechen, die von Deutschen und im deutschen Namen begangen wurden, und in dem Geiste der Verträge, die die Bundesrepublik Deutschland mit allen ihren östlichen Nachbarn abgeschlossen hat, bekräftigt der Deutsche Bundestag seine Verantwortung für Demokratie und Frieden in Europa und seinen Willen zu Verständigung und Versöhnung.

Viele deutsche Heimatvertriebene haben die Chance der Neugestaltung der Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn nach den historischen Umbrüchen der Jahre 1989 und 1990

genutzt und sind durch unzählige Begegnungen mit den in ihrer angestammten Heimat lebenden Menschen zu Botschaftern der Aussöhnung und Verständigung geworden. Der Deutsche Bundestag unterstreicht erneut die wichtige Brückenfunktion, die die deutschen Heimatvertriebenen und die bis heute in Mittel- und Südosteuropa sowie in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten lebenden Deutschen für die Beziehungen Deutschlands zu diesen Ländern haben. Zugleich erkennt der Deutsche Bundestag im Schutz der Rechte nationaler Minderheiten einen wichtigen Beitrag zur Festigung einer friedlichen und freiheitlichen Ordnung in Europa.

Der Deutsche Bundestag bittet die Heimatvertriebenen, sich weiter unablässig in das politische, kulturelle und gesellschaftliche Leben unseres Landes und in die Ausgestaltung der Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarstaaten in einem Europa des Friedens, der Zusammenarbeit und der Verständigung einzubringen. Der Deutsche Bundestag wird sie bei diesen Bemühungen voll und ganz unterstützen.

Bonn, den 31. Mai 1995

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333